

Helge Dauchert: *„Anwalt der Balten“ oder Anwalt in eigener Sache? Die deutsche Baltikumpolitik 1991–2004*. Berlin: Berliner Wissenschafts-Verlag 2008 (= Die Ostseeregion: Nördliche Dimensionen – Europäische Perspektiven; 11), 369 S.

In seiner Dissertation untersucht Helge Dauchert die Politik des wiedervereinigten Deutschland gegenüber den baltischen Staaten von der Wiedererlangung ihrer Unabhängigkeit im Herbst 1991 bis zu ihrem EU-Beitritt im Jahr 2004. Die Bundesrepublik, die die Annektion Estlands, Lettlands und Litauens durch die Sowjetunion völkerrechtlich nie anerkannt hatte, erklärte sich schon kurz nach Wiederaufnahme der diplomatischen Beziehungen mit den baltischen Staaten zu deren Anwalt bei ihrer Heranführung an die europäischen Strukturen. Begründet wurde dieser Schritt neben weit zurückreichenden historischen Beziehungen durch die besondere Verantwortung Deutschlands aus dem Hitler-Stalin-Pakt sowie dessen geheimem Zusatzprotokoll, das die baltischen Staaten dem sowjetischen Einflussbereich zugeschlagen hatte.

Für die deutsche Politik erwuchs aus dieser Festlegung in der Folge ein nicht geringes Problem, da sich die Bundesrepublik in gleicher Weise auch den anderen mittel- und osteuropäischen Ländern und

der Sowjetunion gegenüber verpflichtete. Außerdem geriet die Bundesregierung auch im Kreise wissenschaftlicher Beobachter in den Verdacht, an die alte Tradition der Großmachtpolitik anzuknüpfen und eine hegemoniale Stellung im neuen Europa anzustreben.

Dauchert will mit seiner Arbeit Frage nachgehen, ob die Politik der Bundesrepublik tatsächlich auf die Maximierung nationaler Interessen gerichtet war und die Regierung insofern eher Anwalt in eigener Sache als Anwalt der Balten war. Dies tut er auf dem Wege einer Konstellationsanalyse in Anlehnung an Gottfried-Karl Kindermann unter Einbeziehung von Ansätzen von Forschungen zu politischer Kultur, insbesondere außenpolitischer Kultur nach Hans W. Maull. Quellen sind neben offiziellen Dokumenten von Institutionen und Regierungen (soweit diese bereits zugänglich sind) politikwissenschaftliche Literatur und die Berichterstattung in der deutschen Presse. Darüber hinaus greift der Verfasser auf Informationen aus Hintergrundgesprächen zurück,

die er mit 29 Wissenschaftlern bzw. beteiligten politischen Akteuren geführt hat.

Die Arbeit ist in acht Teile gegliedert. Einer Einführung zum Untersuchungsgegenstand, methodischen und theoretischen Vorüberlegungen sowie zu Forschungsstand und Quellenlage folgt zunächst eine Perzeptionsanalyse (Geschichte und Wahrnehmung der deutsch-baltischen Beziehungen von der Gründung des Ordensstaates bis in die Gegenwart). Es folgen eine Systemanalyse (institutionelle Grundlagen der deutsch-baltischen Beziehungen), eine Normenanalyse (normative Grundlagen der deutsch-baltischen Beziehungen), eine Interessenanalyse (deutsche und baltische Interessen), eine Machtanalyse (Macht und Einflussmöglichkeiten Deutschlands und der baltischen Staaten), eine Verhaltensanalyse (deutsch-baltische Beziehungen zwischen 1991 und 2004) sowie eine abschließende Betrachtung zur deutschen Politik gegenüber den baltischen Staaten im Untersuchungszeitraum.

Im Ergebnis der Studie gelangt Dauchert zu der Feststellung, dass die multilateralisierte Außenpolitik der Bundesrepublik gegenüber den baltischen Staaten den Traditionslinien bundesdeutscher Außenpolitik seit dem Zweiten Weltkrieg folgte. Die Regierung Kohl ordnete die bilateralen Beziehungen zu den baltischen Staaten stabilitätspolitischen Überlegungen

und dem gesamteuropäischen Friedens- und Einigungsprozess unter. Aus der Wahrnehmung der historisch-moralischen Verantwortung sowohl gegenüber den mittel- und osteuropäischen Staaten wie auch gleichermaßen gegenüber dem zunehmend instabilen Partner Russland – von dem diese sich abzugrenzen such(t)en –, erwuchs ein unauflösliches Dilemma. Da sich zudem die Erweiterung der EU ihrerseits nicht vollständig mit der Vertiefung der Integration in Einklang bringen ließ, wich die Anwaltschaft zunehmend einer passiven, wenn auch wohlwollenden Zurückhaltung, die die hohen Erwartungen von Politikern und Öffentlichkeit in den baltischen Staaten enttäuschen musste.

*Krister Hanne (Berlin)*